

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesia (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Abonnement: ...
Einzelhefte: ...
Verkaufspreis: ...

Montag, 13. Februar 1922

Abonnement: ...
Einzelhefte: ...
Verkaufspreis: ...

Gröner maßregelt 25 000 Eisenbahner.

Ein Hundstott — wer einen Eisenbahner maßregelt.

Dem Reichskanzler schwebte in noch brutaler Weise der Eisenbahngeneral Gröner. Er nannte den Streik der Eisenbahner ein freies Spiel vom Jenseitigen und drohte, entgegen den Abmachungen mit dem Reichskanzler umfassende Maßnahmen an. Der Schaden, den die Eisenbahner durch den Streik angerichtet haben, geht in die Milliarden.

Die Sozialdemokraten liehen durch Wels einen Guettag aufführen. Diese Putschpläne, die mit dem Reichskanzler durch die Uebung herbeigeführt haben, bekommen gelinde Bewusstseins. Vertiefen sie sich doch bei der Festlegung ihrer Weltanschauung darauf, daß sie nicht nur mit Arbeitern, sondern mit dem großen Heere der Beamten zu rechnen hätten. Ihre eigne Rolle während des letzten Streiks wird einer großen Zahl von Beamten die Augen öffnen.

Der U-abhängige Dittmann freiste in dieser Sitzung die Freundschaft für das Kabinett Wirth ab und geißelt die schamlose Haltung der Regierung mit scharfen Worten. Wenn Gröner, der schon während des Krieges jeden Arbeiter, der es wagte, dem Hunger und dem Kriege mit Streik zu begegnen, einen Hundstott nannte, eine rationellere Wirtschaft ohne die reaktionären Geheimräte führte, dann brauche er den Beamten und Arbeitern auf der Eisenbahn nicht brutale Hungerkriege zu machen. Wenn Gröner anführt, daß der Streik Milliarden Schaden verursacht habe, dann hätte er und das Kabinett Wirth mit seinen sozialdemokratischen Ministern nur die Forderungen der Beamten zu erfüllen brauchen. Wenn man den Streikbrechern einen Lohn von 200 Mark und eine Extrabelohnung von 1000-2000 Mark für die zusammengeführten Lokomotiven und Waggons zahlen konnte, dann hätte die Regierung dies billiger haben können.

Beim Reichspräsidenten Ebert und den SPD-Ministern habe sich das bekannte Wort umgedreht:

Mit dem Amt verlieren sie den Verstand. Der Ertel Eberts und der von Richter sei ein Schlag ins Gesicht der Arbeiter. Wenn Gröner Eisenbahner maßregelt, so drehe man sein Wort um: Ein Hundstott, wer einen Eisenbahner maßregelt!

Nach der Darstellung der Reichsgewerkschaft betragen die Maßregelungsfälle im ganzen Reich 25-30 000. Wegen der unerhörten Bergbauverwaltung werde die gesamte Arbeiterklasse angesetzt. Ordnung bei der Eisenbahn werde erst, wenn Gröner zum Teufel gejagt, wenn Gröner in seiner unerträglichen Prostitution begriffen wird.

Genosse Bach (SPD.) begrüßt den entscheidenden Ton der Unabhängigen und hofft, daß diese, dem Kabinett gelinde nicht gleich wieder umfallen. Die Eisenbahner werden durch die Maßregelungen gezwungen, erneut zu den Waffen des Streiks zu greifen. Die gesamte Arbeiterklasse wird dann in der Verteidigung der elementarsten Rechte bestehen.

Mißtrauensanträge gegen das Kabinett Wirth.

Mit Annahme der Regierungspartien haben alle Parteien Mißtrauensanträge gegen das Kabinett Wirth eingebracht. Es hat allerdings den Anschein, daß Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten das wichtige Gebot noch einmal stärken, bis — Stimmes entgegen wird.

Wenn auch die Deutsche Volkspartei über die Sozialdemokraten ganz zu Unrecht ist und ausgeht, so werden sich Streik- und Scheidemann wieder zu finden wissen im Interesse des Kampfes und der Befreiung des Vaterlandes.

Stinnes will die Eisenbahn mit Hilfe Englands.

Die „Frankfurter Zeitung“ veröffentlicht heute, in dem sie Stinnes in der schärfsten Weise kritisiert, in London den Beschluß gemacht zu haben, die deutsche Eisenbahn in ihre Hand zu geben. Dies sei eine Verleumdung der Weltöffentlichkeit und eine Strafe für die Kapitalverhältnisse. Da Stinnes in Deutschland gegen seine Pläne große Hindernisse findet, so wolle England einen solchen Deal auf Deutschland verfallen.

Stinnes soll weiter die Eisenbahn in Ost- und Westpreußen übernehmen, d. h. mit einschließen.

Wenn auch Stinnes im Reichstag die Absichten Stinnes auf Kauf der Eisenbahn mit Hilfe Englands bestrich, zweifeln wir nicht daran, daß Stinnes derartige Pläne hat.

Der letzte Streik sollte ebenfalls wieder einmal ein Grund sein, die Eisenbahner zu überzeugen, daß die Eisenbahn besser aufgehoben in den Händen von Stinnes ist. Die Fortschrittlichkeit Gröners, der auf Anstellung bei Stinnes hofft, beweist dies.

Die letzten Lebensmittelzuschüsse des Reiches.

Der Reichsrat hielt am 9. Februar eine öffentliche Sitzung ab. Beraten wurde dort über den fünften Nachtragsetat für 1921. Der gesamte Fehlbetrag des Reiches für dieses Jahr hat sich durch die Nachtragsanforderungen auf 172 Milliarden Mark erhöht. Es sind vor allem die Zuschüsse zur Verbilligung der Lebensmittel gewesen, aber die der Reichsrat hierbei zu verhandeln hatte.

Ausdrücklich wurde festgestellt, daß diese Anforderungen für Verbilligung der Lebensmittel Restbeträge darstellen, und daß in Zukunft von solchen Zuschüssen abzusehen sei, und zwar, weil die Entente dies in Cannes ausdrücklich verlangt habe. Ein Antrag, den Ansat von 6 1/2 Milliarden, die noch angefordert werden, derartig zu erhöhen, daß in der Zeit vom 16. Februar 1922 bis zum 31. März 1923 weitere Zuschüsse von Reich wegen erteilt werden, wurde abgelehnt. Wäre dieser Antrag angenommen worden, so wäre das Pfund-Brot der genannten Zeit nicht teurer im Kleinverkaufspreis zu haben als 1,50 M.

Die Verbilligung der Lebensmittelzuschüsse auf Verlangen der Entente, ohne daß daran gedacht wird, den realen Wert der Löhne den notwendig eintretenden gewaltigen Preissteigerungen anzugleichen, zeigt ebenso wie die Durchführung der Steuerpläne und ebenso wie der Versuch, den Haushalt der Eisenbahn auszubalancieren, daß alles dies nur geschieht unter Schädigung der werktätigen deutschen Bevölkerung.

Vor einer Revolution in Griechenland.

„Corriere della Sera“ meldet aus Athen: Aus Kleinasien kamen erste Nachrichten ein. Die griechische Flotte bei Dattafari ist sich auf. Soldatenräte haben sich unter bolschewistischem Einfluß gebildet. Die Truppen fluten nach Smyrna zurück und verlangen sofortige Demission.

Die griechischen Arbeiter und Bauern durch die landgerichtige Bourgeoisie und Militärkamarilla in jahrelangen Kriegen genährt, versuchen endlich das Joch abzuschütteln.

Die Hintermänner und Schürer des Krieges in Kleinasien, England und Frankreich verstehen noch nicht die Zeichen in Indien, Ägypten und Kleinasien. Der Tag kommt, wo es für die kapitalistischen Geier zu spät ist.

Der schlesische Grubenarbeiterstreik.

Bei den vorgestrigen Verhandlungen kam es zwischen den Arbeitgebervertretern und den Delegierten der Grubenarbeiter zu einer Verständigung, die den weiteren Verlauf der Verhandlungen wohl günstig beeinflussen wird. Die Grubenbesitzer erklärten sich einverstanden, daß die bisherigen Bestimmungen des Kollektivvertrages bezüglich der Arbeitszeit bis zum 31. Juli in Geltung bleiben. Insbesondere wird der Forderung der Arbeiter nach der sechsstündigen Schichtarbeit und der Vergütung für Überstunden Rechnung getragen. Heute treten die Delegierten beider Parteien zu einer Plenarsitzung zusammen, in der das Ergebnis der bisherigen Verhandlung zur Diskussion gestellt werden wird. Jedenfalls ist das Ende des Streiks in dieser Woche wohl nicht zu erwarten, da die Reichsregierung bei Grubenarbeitern, die die empfindlichen Reichskasse kosten ist, ein Einlenken kaum zu erwarten ist.

Wie das „Frager Tageblatt“ berichtet, wurden am 2. Februar in Braunsberg die Unternehmungen der Proger Chemiefabrik stillgelegt. Damit sind nun alle Betriebe dieser Gegend infolge der Kohlen- und Gaspreise geschlossen.

Scharfmacher Wirth.

„Wirth hat, das ist keine Revolte, das ist eine Revolution!“ Diese Worte, die der Ministerpräsident dem französischen König Karl X. sagte, als die Pariser Arbeiter im Juli 1830 sich aufrührten, ihn abzulassen — diese Worte ist man verfaßt, Herr Wirth entgegengehalten, der gestern vom Streik der Eisenbahner als von einer Beamtenrevolte sprach.

Diese gewaltige, unwirksam aus der Empörung über die kapitalistische Verschlingungs- und Steuerpolitik des Wirthskabinetts hervorgegangene Massenbewegung der Beamten und Arbeiter als einen entscheidenden, als einen revolutionären Akt im großen Drama der sozialen Umwälzung dem Bewußtsein der Massen übergeben zu haben, das ist das große Verdienst der Reichsregierung.

„Rein Streikrecht der Beamten“ war das Kernstück der Scharfmacherrede Wirths, wie sie besser die Bullen, die Räder, Döllwitz bei allen Ordnungsprüfungen nicht hätten halten können.

Rein Streikrecht der Beamten: das ist der zynisch von der Reichsregierung zugegebene Bruch der Regierungsversprechungen, auf die hin die Eisenbahner den Streik abgebrochen haben. Wenn 48 Stunden nach abgeschlossener Waffenruhe, kann daß die Regierung die Hand der Massen nicht mehr an ihre Gurgel fühlt, geht sie zum Angriff über. Da verflüchtigen sich die Zusagen über Lohn- und Erhaltung des Achtundtages in blauen Dunst. Da bleiben nichts als ein paar belanglose Nebenarten, hinter denen sich der geschlossene Wille des vom Großkapital vorwärtsgetriebenen Kabinetts verbirgt, den Achtundtag zu durchbrechen, die Gehaltsrückstände zu umgehen.

Rein Streikrecht der Beamten: das ist der Freibrief für den General Gröner, Massenentlassungen und Disziplinierungen entgegen dem verpöbelten Wort des Herrn Wirth vorzunehmen. Schon kommen von allerorts her die Nachrichten, daß die besten der Eisenbahner auf der Straße bleiben sollen. Und in Berlin werden auf direkten Eingriff und unmittelbare Anweisung der Reichsregierung laufende der streikenden Eisenbahner und Beamten mit Zustimmung der Gewerkschaftsbürokratie zugunsten des Schandels der technischen Ratshilfe brutal auf die Straße geworfen.

Rein Streikrecht der Beamten, das ist die Unrechtserhaltung des Schandenschatzes des Ebert vom 1. Februar, mag er auch formell zurückgezogen sein. Das, was er ausspricht, — den Abschluß des Streik- und Koalitionsrechts der proletarischen Beamten und Staatsarbeiter und damit die Durchbrechung des Grundrechts aller Arbeitenden — bleibt bestehen, ist von Wirth in seiner Rede ausdrücklich zum Regierungsprogramm erhoben worden, mit dem er lebt und fällt.

Rein Streikrecht der Beamten: das ist die endlich offen zugegebene Wendung der kapitalistischen Klassen- und Verschlingungs- und Steuerpolitik Wirths nach innen — gegen die Reichsbeamten. Als frivole Gefährdung seiner verantwortlichen Position hat Wirth in seiner Rede den Eisenbahnerstreik gelobt und mit dem höchsten Ehrengeheimnis des empöberten Kleinbürgers gesammelt, daß „nur ein arbeitend, sparsames und in häuslicher Ordnung und Gleichheit lebendes Deutschland die notwendige Position führen kann, die wir für nötig halten, um uns über die Notwendigkeit zu erheben, die wir zum Wiedereintritt in den politischen und wirtschaftlichen Kreis der Weltmächte nötig haben“. Der Mund des Streikrechts, der längst vom kapitalistischen Staat ins Proletariat gehörmten Beamten zeigt ihnen und den Arbeitern überdeutlich, was Arbeitslosigkeit, Spararmut, Ungleich und Ordnung im außerpolitischen Programm des Herrn Wirth heißt: die willkürliche Unterwerfung aller Reichsbeamten unter das Kommando, die Sklaverei des Kapitals und seines Staates.

Nach dem Eisenbahnerstreik und der Wirth-Rede steht ganz klar: Wirthens als Innenminister ist ein rassistisches Programm der Regierung, deren Hand der General Gröner, deren Schamhaftigkeit sich drohender Wortführer Herr Wirth R. Wirths hinter, nicht ohne die große Gefahr der Unabhängigen, beide Schichten der Arbeiter und Beamten glauben, daß die Verschlingungs- und Steuerpolitik Wirths die deutsche Arbeiterklasse vor den Hunger und Hungertoten des Generalstreikrechts führen. Jede Best die kapitalistische Verschlingungs- und Steuerpolitik in ihrer Schärfe als ein Hand- und Fußgängerpolitiker des mit dem Generalstreikrechts verbundenen schlesischen Kapitals gegen die Arbeiter Deutschlands. Der Streik und — nach Wirths Scharfmacherrede — unter dem Namen der Nationalität des Kabinetts von Wirth

Frucht der Arbeiterunterdrückung flücht, der die Freiheit es zu tun versucht, zwischen dem milden Wirth und dem scharfen Groener scheidet, um so wenigstens von Dillenburg und Breitscheids Verständigungsprotokoll mit dem Entente-Kapital zu retten was noch zu retten ist, der begehrt ein Verbrechen an deutschen Prestigium. Der ist, ob er will oder nicht, Schrittmacher des Steuerkompromisses, der ist Feind des Streikrechts der Beamten. Der muß mit dem ADGB zum Streikbruch aus außenpolitischen Gründen aufrufen.

Die Kämpfenden sammeln sich diesseits und jenseits der Vorklabe. Auf der einen Seite des Bürgerthums aller Richtungen und mit ihnen die Kleinbürger der SPD. und des ADGB, die im Streik der Eisenbahner ihre Unterwerfung unter das Großkapital befestigt haben. Auf der anderen Seite marschieren die Massen der Arbeiter auf, der Klassenbewußten Scharen (Prolet), die bisher schon in der vordersten Reihe der Revolution gestanden haben, und der Arbeiter, die bisher noch der SPD gefolgt sind und denen der Verrat des ADGB und die Parteinstangen die Augen geöffnet hat. Mit ihnen verbünden sich die Beamten, die im Streik ihre erste proletarische Feuerprobe bestanden haben. Die Solidarität der Arbeiter und Beamten wird die neue Provokation Wirths nur noch enger schmieden.

Beide Fronten wissen, daß der Kampf nicht zu Ende ist, daß er eben erst begonnen hat. Wirth hat das in seiner Rede im Namen der Bourgeoisie deutlich ausgesprochen. Und das Proletariat hat die Kriegsanklage verstanden.

Es geht um die Erhaltung dieses Staates und dieser Regierung; das hat Wirth klar und deutlich ausgesprochen. Jawohl: Es geht um diese Regierung und diesen Staat. Die Arbeiter wollen nicht nur dann die Arbeit niederlegen dürfen, wenn es gilt, gegen einen Kopy mit freundlicher Erlaubnis der Herren Ebert und David die Republik zu erhalten. Sie haben vor zwei Jahren die Republik nicht für Ebert, Noske und Wirth gerettet, damit sie in jähem Ringen zu ihrer Regierung, zu ihrem Staate werde. Diese Ebert-Republik, diese Wirth-Regierung sind nicht Staat und Regierung des Proletariats. Sie handeln nicht als die Beauftragten der Massen der Werktätigen, sie sind ihre Feinde.

Schon heute hat Ebert, hat die Wirth-Regierung keine Mehrheit mehr in den breiten Massen des werktätigen Volkes. Schon heute ähnen selbst bürgerliche Blätter, daß sie selbst im Reichstag keine Mehrheit mehr finden. Heute gilt es, die Regierung zu schaffen, die dem Willen des werktätigen Volkes Ausdruck gibt, die in Uebereinstimmung mit dem Proletariat und den Beamten und ihren gewerkschaftlichen und politischen Organisationen die Voraussetzung für eine Wiederherstellung des Staates schafft, die nicht alle Kräfte allein auf die Stulern der Arbeitenden abwälzt; eine Regierung, auf die Spitze aller Arbeitenden ruht.

Politische Uebersicht.

Die SPD-Presse und die letzte Eisenbahner-Bewegung.

Sozialdemokratische Massen gegen die sozialdemokratischen Führer.

Ent den berüchtigten Verhandlungen über das Steuerkompromiß macht sich innerhalb der sozialdemokratischen Partei immer stärker eine Opposition gegen die Parteileitung bemerkbar. Die ausgesprochen arbeiterfeindliche Steuerpolitik der Justizminister veranlaßt viele Mitglieder der SPD, in den Gewerkschaften, in den Versammlungen und in der Presse gemeinsam mit den MSP- und KPD-Kollegen Stellung zu nehmen gegen das Steuerkompromiß, für die proletarische Einheitsfront im Kampfe gegen die wirtschaftliche Verfallung. Die SPD-Blätter traten in einigen Orten — und vorwiegend dort, wo in den sozialdemokratischen Organisationen noch proletarische Elemente vorherrschen — ganz klar gegen die offizielle Linie der Partei auf. Die Opposition wuchs von Tag zu Tag.

Man hat der Eisenbahnerstreik diesen für die Sache des Sozialproletariats höchst wichtigen Stützpunkt in ein neues Stadium getrieben. Die Anbahnung der Verhandlungen, das Streikrecht, die Streikorganisation, die ganz unerhörte Handlungsweise der Regierung und ihrer Organe während des Streiks haben innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterklasse wieder eine große Erregung, eine neue Erbitterung hervorgerufen. Gemeinsam mit ihren Brüdern aus der MSP- und KPD ist für in den Streik getreten. Gemeinsam mit ihren Kollegen aus den anderen Parteien hat sie die Forderungen aufgestellt, um ihre Erregung zu äußern. Und nun sollen ihr ihre eigenen Genossen, ihre eigenen Führer in den Rücken! — In vielen Gewerkschaften und Betriebsräten, in den Arbeitervereinen der SPD-Bezirke ergaben sich die Forderungen für den Streik, sogar für die Verhinderung der kommunistischen Partei. So war es bei der Berliner Betriebsrätenversammlung, und solche Fälle sind auch im Reich vorgekommen. Wir bringen unten einige Streikaufrufe der offiziellen Parteiorgane der SPD im Reich, die selbstverständlich nur in geringem Maße, in von Sekundärbewußtsein abgegrenzter Weise, die Zustimmung unter der SPD-Arbeiterklasse auslösten.

Die Frankfurter „Volkswacht“ schrieb am 2. Februar: Die Beamten haben das Streikrecht. Das bedeutet nicht, daß sie die Arbeit nicht machen dürfen. ... Der in der Ueberzeugung, den Beamten und der gesamten Arbeiterklasse damit zu helfen, zum Streik anzuhalten, handelt es sich um die proletarische Klassenfront, deren Verwirklichung nur von Genossen Ebert und dem sozialdemokratischen Teil der Reichsminister für selbstverständlich gehalten, durchaus ehrenwert, ebensolche, wie der Streik selbst, unterliegt, daß er nicht mit Streikbrechern nicht mehr arbeiten zu wollen. Solidarität, die bei Streikbrechern nicht mehr arbeiten zu wollen. Solidarität, wie es die Arbeiterklasse verstehen, das heißt mit den Kollegen eines sozialdemokratischen Arbeiters zu sein.

In den eigentlichen Massen der Eisenbahnerstreiks sind wir am stärksten des „Frankfurter“ und „Volkswacht“ mit dieser SPD-Blätter während des Streiks.

In einem großen Teil der deutschen Presse (und auch der „Volkswacht“) geht man davon aus, daß die proletarische Einheitsfront eine geschickte Einheitsfront gegen die Eisenbahner. Es heißt die Sache, daß die proletarische Einheitsfront in vorwiegend bürgerlicher Weise gegen die wichtigsten Arbeiterkategorien ausgeübt wird, und daß daraus große Verluste resultieren, die nicht nur unter Arbeiterkreisen, sondern wirklich der ganzen Stadt auf schwere Weise empfunden werden. ... Was man sich vergegenwärtigen, daß die Arbeiter und Beamten die Forderungen der Eisenbahner nicht ignorieren dürfen, daß man die Forderungen nicht ignorieren darf. ... Mit dem bis zum Reichstag erzielten Erfolg auf das Streikrecht kann die Eisenbahner für seine Kinder sein und Kinder haben.“ (Sammlung von die Eisenbahner! Die Arbeiter!)

Diese drei kurzen Sitze genügen vollständig, um die gegenwärtige Stimmung im SPD-Lager zu charakterisieren. Es wird unsere Aufgabe sein, diese Stimmung überall zu fördern und sie in die richtige Bahn zu führen der Gesamtarbeiterklasse zu leiten.

Sozialdemokratische Selbstentblödung.

Während hier und da in der SPD-Presse doch noch anständige Regungen sich bemerkbar machen, weitestente das Zentralorgan der SPD, der „Vorwärts“, geradezu mit der deutschnationalen Presse an der Hege gegen die Streikenden.

Die schändliche und schmutzige Haltung, die das sozialdemokratische Zentralorgan im Streik der Eisenbahner und der städtischen Arbeiter gegen das Proletariat eingenommen hat, konnte nur noch durch die Lächerlichkeit seiner Argumente überboten werden, mit denen er das „Ende“ der Bewegung begründet. Der „Vorwärts“, der ehemals sich rühmte, ein Organ des Klassenkampfes zu sein, steht heute in einer Front mit der Deutschnationalen und der „vorklassischen“ verblödeten Kleinbürgerpresse. Er belächelt die Streikleitung als eine Bande von Verbrechern und Pflicht der „Technischen Rothhilfe“ genannten Streikbrechergarde Dank- und Ruhmeskränze. Und dann schreibt er, ganz im Sinne der „Generalanzeiger“ einen sentimentalen Schwauß über das gewaltige politische und gewerkschaftliche Ringen zwischen Bourgeoisie und Proletariat mit folgenden Wehleidigkeiten umkleidet:

„Wer hat nicht in diesen Tagen des Kampfes irreführender Arbeiter gegen ihre Klassenossen den Jammer des alten Mitterdenz gehört, das freiziehend, ohne eine Suppe, ohne ein wenig Licht in seinem Zimmer hoch über der Fluch der Arbeiterfrau vernommen, die stundenlang vor dem Bäckeladen stand und dann ohne Brot zu ihren hungigen Kindern heimkehrte müde! Der Fluch seiner, die einen Angehörigen ins Grab legen mußten, weil er bei Verlegung der wenigen und unglaublich belasteten Verkehrsmittel den Tod fand, der Fluch des Gatten, der seine Frau im Wochenbett verlor, weil ihr wegen des völligen Stillens von Gas und Wasser keine Hilfe gebracht werden konnte, trifft alle jene, die sich mit Schuldig gemacht haben an dem Verbrechen an der Viermillionenbevölkerung.“

Hinter diesen sentimentalen Verlogenheiten steckt nicht nur eine ausgefachte Niedertracht, sondern die bewußte Preisgabe jedes revolutionären Massenkampfstandpunktes der Führer der Sozialdemokratie freilich schon seit der Unterstützung des imperialistischen Weltkrieges unweigerlich verloren gegangen ist. Wenn die sozialdemokratischen Arbeiter in ihrem Blute eine derartige Verhöhnung ihres Kampfes und Daseins friden, dann müssen sie sich selbst fragen, daß sie in der Erfolglosigkeit dieser Führer nicht dem Sozialismus, sondern dem widerwärtigsten Kleinbürgertum aufhauern. Die Sozialdemokratie sorgt durch ihre Selbstentblödung schon allein dafür, daß jedem Proletariat diese Erkenntnis leicht wird.

„Volkswacht“ und Eisenbahner.

Die hiesige „Volkswacht“ gehört, wie immer, nicht zu den wenigen sozialdemokratischen Blättern, die wenigstens noch hin und wieder einmal ein klein wenig Klassenbewußtsein durchhalten lassen. Sie ist vielmehr völlig seelenverwandt der bolschewistischen „Vorwärts“. So sehr ist das der Fall, daß in der Beamtenversammlung am vergangenen Freitag selbst SPD-Leute protestieren mußten gegen die infame Schreibweise des Berliner SPD-Organs. Als der betreffende Redner sich gegen den Artikel von Kopur in der Freitagnummer der „Volkswacht“ wandte, hatte ein anwesender Parteimitglied der SPD nichts Gütigeres zu tun, als zu erklären, daß sei ja nicht so schlimm, die „Volkswacht“ müsse mal auch einer „anderen Meinung“ Raum geben.

Wir wollen aus dem Artikel der „Volkswacht“ nur den einen markanten, recht kongrammatischen Satz herausheben:

„Die schwere Niederlage, sowie der Verlust des Einflusses für die Streikfrage und die Unfähigkeit in der Erregung der Massen über das Es der Beamten veranlassen, daß jetzt Gewerkschaften anzuschließen, die auf Grund ihrer Erfahrung und ihrer eigenen Loyalität dafür sorgen, daß ein neues, verheißenes Unternehmen sich zum zweiten Male nicht wiederholt.“

„Wo man jedoch die „Volkswacht“ aus der „schweren Niederlage“? (Die sie durch ihre unrichtigen Behauptungen nur verschärft hat). Nicht etwa, daß die eine wie Not wird Grund und Kopurarbeiter zu einer proletarischen Einheitsfront zusammenzubringen müssen, wenn dem Streik ein Ende bereitet werden soll, wenn, wenn gewerkschaftsmäßige Ziele sollen durch die Niederlage erreicht werden. Herr Kopur will an der Spitze dieser unheimlichen Niederlage der Eisenbahner ein neues Gewerkschaftsnetzwerk schaffen, sehr nicht! Was kommt ihm nach dem Gewerkschaften? Auf Kosten der bestreikten Beamten? Ist er jetzt die Gewerkschaftsleitung wieder geschäftlich zu machen, damit sie kein nicht-er und noch wichtiger besteht, den Kämpfen etc. — in den Rücken zu fallen. Jenseit Klassenkampfes das!

Nebel über die äußere Politik Sowjetrusslands

Nebel hat den Sowjetrussland der „Volkswacht“ in Berlin eine Uebersetzung geschickt. Er sagt unter anderem: „Was wir gegenüber Sibirien anstreben, haben wir uns nicht erlauben. Wir werden dazu zu arbeiten beginnen und sich einander helfen. Dann werden wir unsere Aufgaben über unsere Möglichkeiten machen können. Jede andere Sprache wäre nutzlos. Zunächst soll Russland nicht in die Welt einbezogen werden, es soll in der ersten Reihe der Welt, die für Russlands Wohlfahrt sorgen, denn es ist jetzt auch an der ersten Stelle seiner Ehre. Russlands Interessen werden zunächst gewahrt sein.“

Nebel nennt die Beziehung Sowjetrussland zu den Deutschen als ein Problem, das nur durch die Verhandlungen gelöst werden kann. Wenn Deutschland mit Russland sich verständigen würde, so würde, dann sei es klar, daß nur dem Unterliegen der 150 Millionen Russen und die 60 Millionen Deutschen eine verzweifelte Unter-

gang machen würden. Man könne Russland nicht mit einem zum Tode Verurteilten behandeln.

Was den Pariser Friedensvertrag anlangt, so glaubt kein ernstlicher Politiker mehr daran, daß man sich an ihn halten könne. Wenn er lächerlos ausgeführt werde, werde es eine Katastrophe geben. Diesen Vertrag habe Stalin nicht unterzeichnet; man habe es isoliert. Nabel verneint, daß zwischen Deutschland und Russland politische Uebereinkünfte getroffen worden seien. Ueber Genoa erklärte er, Russland gehe mit Freuden dorthin, weil es damit wieder seinen Platz unter den Großmächten einnehme. In Genoa müßten sich Russland und Frankreich verständigen und sich nicht bekämpfen.

Der Moskauer Sowjet über die Konferenz von Genoa.

Die erste Plenarsitzung des Moskauer Sowjet wurde mit dem Bericht Bouguislawskis über die Resultate der Wahlen eröffnet. An der Wahl beteiligten sich 2274 Betriebe und insgesamt 335 000 Personen. Die Versammlung beschloß einstimmig, die zu Mitgliedern erwählten Arbeiterkräfte, die in den Gefängnissen des Auslandes sitzen, in ihrer Funktion als Delegierte des Moskauer Sowjets zu bestätigen.

Der zum Vorsitzenden des Sowjets gewählte Volkskommissar Kamenev führte in seiner Begrüßungsansprache aus, die Konferenz von Genoa werde eine Aera für alle erdenklichen Ansprüche sein. Wir werden — erklärte er — die Ansprüche die von der Hand der russischen Arbeiter erzielten Forderungen entgegenstellen. Es ist klar, daß unsere Forderungen, die gleichzeitig die Interessen der arbeitenden Menschen sind, angenommen werden. Unfreiheit und Unabhängigkeit, die wir durch vierjährige und schwere Leiden erkaufen haben, wird am grünen Konferenz nicht verkauft werden. Unser Vertreter wird in Genoa sagen, daß wir den Frieden brauchen, der uns die Möglichkeit bietet wird, unsere Wirtschaft wieder aufzurichten.

Nichtschewitsch führte in seiner kurzen Rede aus: „Der Kapitalismus der Westmächte sieht die Konferenz von Genoa als ein Mittel an, um um Russlands Hals eine Schlinge zu legen. Das, was dem Weltkapital im blutigen Ringen nicht gelang, will es jetzt auf dem Wege der friedlichen Durchdringung erreichen. Die Pläne unserer Genauer auf der Konferenz von Genoa werden sein, das Russland der Arbeiter und Bauern in ein Kolonialland zu verwandeln, doch wir werden mit der gleichen Konsequenz wie bisher diesen Plänen Widerstand leisten.“

Die hierauf angenommene Resolution besagt: „Der Moskauer Sowjet, der auf Grundlage eines bedeutend demokratischeren Wahlrechts, als es in den kapitalistischen Ländern möglich ist, gewählt wurde, billigt die Politik der Sowjetmacht, die die kapitalistischen Mächte dazu gezwungen hat, die direkten Verhandlungen mit der RS, SP, aufzunehmen. Der Moskauer Sowjet ist auch mit der Delegation einverstanden, die Russland auf der Konferenz vertreten soll und die in der außerordentlichen Session des Allrussischen Zentral-Exekutivkomitees gewählt werden. Der Moskauer Sowjet trägt der Abordnung auf, immer dessen eingedenk zu sein, daß sie auf der Konferenz von Genoa als Vertreter der arbeitenden Massen Russlands erscheinen, die die Herrschaft des Kapitals und Privatigentums gestürzt haben. Wir erheben keinen Anspruch, auf Kosten der Arbeiter anderer Länder für die Schäden, die wir erlitten haben, entschädigt zu werden, und können auch nicht einen Schweißtropfen der Arbeiter opfern, um die Reichthümer der Völker zu vergrößern, die sich auf Kosten eines anderen Volkes bereichern haben. Der Moskauer Sowjet trägt der Abordnung auf, jeden Vorschlag sorgsam zu prüfen, der, wenn auch nur eine geringe Besserung der Lage der arbeitenden Massen aller Völker zu bringen scheint.“

Englische Opposition gegen die Reparationen.

Eine gemeinsame Konferenz der Kohlenarbeiter und der Kohlengrubenbesitzer beschäftigte sich mit der schwierigen Lage des englischen Kohlenausfuhrhandels. Es wurde beschlossen, eine Kommission zu ernennen, die die Rückwirkung der deutschen Kohlenlieferungen für die Reparationen auf den englischen Kohlenhandel eingehend studieren soll.

Der liberale Abgeordnete Collin erklärte gestern im Unterhause, daß die Reparationsforderungen die wahre Ursache der englischen Arbeitslosigkeit seien, und daß auf diese Forderungen ganz oder teilweise verzichtet werden müsse, um die Arbeitslosigkeit zu beheben. Lloyd George antwortete darauf, daß eine solche Politik den Ruin Belgiens und Nordfrankreichs bedeute. Die englische Regierung könne internationale Verpflichtungen nicht verletzen, um innere Uebel zu heilen. Weiter erklärte er, daß Deutschland nicht unfaul sein werde, die englischen Waren auf dem neutralen Märkten zu verdrängen. Der deutsche Ausfuhrhandel betrage gegenwärtig nur ein Viertel dessen, was er vor dem Kriege betrug. Die wahre Ursache der englischen Arbeitslosigkeit ist nicht in den Reparationen zu suchen, sondern in der Erschöpfung der Hilfsquellen der Welt und der Verarmung der Länder, die England in der ganzen Welt befehligt.

Lloyd George erklärte, daß durch die Tatsache, daß Russland die Einladung zur Konferenz von Genoa angenommen hat, es möglich die Bedingungen der Nation von Genoa angenommen und bereit ist, über deren Ausführung zu unterhandeln. Erst nachdem dieser Punkt geregelt sein wird, werden sich die zünftigen Redner bereit erklären, mit Russland zu verhandeln.

Die Spannung zwischen Süd-Island und Uster.

Die Usterregierung hat die Grenz gegen Süd-Island mit 5000 Mann besetzen lassen. Trotz der Aufforderung der englischen Regierung hat von den von Uster gesandten 200 Mannen erst fünf freigelassen worden. Man glaubt aber, daß die anderen bis Freitag ebenfalls auf freien Fuß gesetzt werden.

Aus der Partel.

Generalversammlung der Brieger Ortsgruppe.

Die Generalversammlung der Ortsgruppe Brieg am 7. d. M. verlegte uns ins vergangene Jahr zurück, in welchem 16 Mitglieder vorhanden waren und sieben öffentliche Versammlungen stattfanden, von denen die beiden Wahlversammlungen, zu welcher die Genossen Eberlein und Hönigs referierten, besonders zahlreich besucht waren. In einer von der Ortsgruppe einberufenen öffentlichen Versammlung erstattete Genosse Blücher Bericht vom Kongress in Moskau. Leider hatte das Gewerkschaftsblatt sich bemüht, den Besuch dieser „kommunistischen Versammlung der Gewerkschaften“ allen dem Kartell angeschlossenen Gewerkschaften, bzw. den Mitgliedern, zu verheimlichen. Diese Form Wendete vor einigen Jahrzehnten die Geistlichkeit, aller Konfessionen gegen die Parteien und hauptsächlich gegen die damals junge Sozialdemokratische Partei an. Diese hielt infolgedessen manche Versammlung ab, in der die Referenten nur zu den Spitzen der bürgerlichen Parteien sprachen, während diese das Volk vor dem Besuch dieser vollen Versammlungen warnte. Was sich in jener Zeit die Parteien gegen das „rote Geheiß“ erlaubten, dieses erfolglose Manöver glaubte man der ehemalige Vorstand des Gewerkschaftsblatts und auch die Spitzen des Sozialdemokratischen Vereines Brieg anwenden zu müssen, um den Kongressbericht aus Moskau, der Arbeiterklasse vorzuenthalten. Nachdem der Schriftführer seinen Bericht beendet hatte, fanden die Wahlen statt. Der selbstergebene Vorsitzende, Genosse Eberlein, wurde gewählt, ebenso als Kassierer Genosse Wärsch, 2. Vorsitzender ist Genosse Derr, Schriftführer Genosse Böring, Revisoren die Genossen Pöschel und Jung. Letzteren wurde auch die Bibliothek und Genossen Wölsch die Expedition der Schließlichen Arbeiter-Zeitung übertragen.

Routrerevolution.

Aus der rumänischen Pölle.

Die rumänische sozialistisch-kommunistische Partei erklärt sich im Aufbruch. In die Sozialisten und Arbeiter der ganzen Welt flutet einseitig man sehr, um durch die offiziellen Einrichtungen getrieben, Rumänien für ein Land der Freiheit zu halten. Wir sind noch in voller Barbarei. Die Illegalität triumphiert. Einen edlen Gedanken auszudrücken, wird als Verbrechen betrachtet. Genau wie in den Zeiten der dunkelsten Inquisition verurteilt man alle diejenigen, welche das kapitalistische Dogma nicht anerkennen und es für gefährlich halten. Der Kommunismus ist ein Verbrechen, der Internationalismus ebenfalls.

Eine einzige Tochter wird geduldet: Diejenige der gegenwärtigen Ordnung, die den Raub, die Ungerechtigkeit und das Schmarotzertum zur Grundlage hat. Jede Entwicklung wird bekämpft. Jede Änderung verboten. Die Mutigen, die für ihre Überzeugung eintreten, werden ins Gefängnis geworfen.

Die sozialistische Partei Rumaniens hat beschlossen, sich im Mai 1921 zu versammeln, um ihre Haltung gegenüber der Internationale zu klären. Es handelte sich darum, zu wissen, ob man sich an die dritte Internationale anschließen würde, oder nicht. Durch die Tatsache des Anschlusses an die kommunistische Internationale wird die Partei heute mit gemeinen Verbrechern gleichgestellt. Der ganze Kongress ist verhaftet worden. Ein riesiger Prozess, durch den 300 Kommunisten vor das Kriegsgericht gestellt sind, ist augenblicklich im Gange. Es ist empörend zu sehen, wie sie — seit acht Monaten in Untersuchungshaft — in den Mittelgefängnissen behandelt werden. Weit zurückgeschoben sind sie in der Kälte, ohne Nahrung, werden geschlagen, in Einzelhaft gesetzt, und alles dies nur, weil sie ihren kommunistischen Glauben nicht verleugnen. In den Gerichtsverhandlungen werden sie mit Maschinengewehr begleitet gebracht. Im Verhandlungsraum selbst sind zwei aufgestellt worden. Sie dürfen nicht einmal mit ihren Verteidigern. Der Inhalt des Saales ist hässlich. Eine Kompanie bis an die Zähne bewaffneter Soldaten, fünf Personen, die das Publikum markieren, vier geduldeten Berichterstatter und 20 bis 30 Geheimpolizisten. Von Zeit zu Zeit schwinden einem dieser unglücklichen Angeklagten die Sinne.

Und alles dies, weil sie in demokratischen Rumänien eine bessere und gerechtere Welt erträumt hatten.

Sozialisten und Arbeiter der ganzen Welt! Bergeht nicht in das Buch der proletarischen Leiden auch das Martyrium der rumänischen Arbeiterklasse einzuschreiben. Das provisorische Exekutivkomitee der sozialistisch-kommunistischen Partei Rumaniens.

Dieser Aufbruch gewährt eine trübselige und erschütternde, Bezeichnung durch eine Tatsache, die in unseren Rufstiller Bruderorgan „Sozialismus“ berichtet wird: Der Genosse Coll, Logan, Tamara, Boshin, und Schachman, letzterer zu fünf Jahren von Kriegsgerichte verurteilt, befanden sich im Gefängnis zu Rischew (Bessarabien). In der Nacht vom 4. zum 5. Dezember wurden sie, unter dem Vorwande, vernommen zu werden, nach Wenden geführt. Hier angekommen, befahl man ihnen, in die Richtung Ost zu laufen. Vorwiegend, was ihnen befohlen wurde, begannen sie um Hilfe zu rufen. Sofort strömten die begleitenden Soldaten auf sie und durchstießen sie mit den Bajonetten. Sie wurden bis zu einem in der Nähe befindlichen Gebäude geschleppt, wo sie nachher ermordet wurden. Die Grenzpolizei verarbeitete dann das Gerücht, es handelte sich um ertrappte Schmuggler. Im Spital noch am Leben befindlich. Aus Furcht, daß dieser Liebesende ihr Verbrechen verraten würde, hat man sich mit der Verabreichung der Drogen hermaßen besetzt, daß nachgewiesenermaßen einer der vier lebend begraben wurde.

Dies sind die Methoden, mit denen die rumänische Regierung den revolutionären Aufbruch des Proletariats zu dämmen hofft. Es ist Aufgabe der Arbeiter Rumäniens, ihre lebenden Genossen nicht zu vergessen und an ihrer praktischen internationalen Solidarität zu üben.

Wir werden nächstens über den im obigen Aufsatz erwähnten Bericht berichten.

Schlesische Mundschau.

Es geht vorwärts.

Man schreibt uns: Immer wieder behauptet die SPD, die KPD liegt im Sterben. Wir können konstatieren, daß das Gegenteil der Fall ist. Das bewies auch eine am Sonntag, den 5. Februar, in Konradsthal abgehaltene Versammlung, die zu dem Zweck einberufen worden war, in Konradsthal eine neue Ortsgruppe der KPD zu gründen. Genosse Bogt legte den Anwesenden klar, daß es im Interesse des notleidenden Proletariats liegt, mit aller Kraft unsere Organisation auszubauen, zu erweitern und zu befestigen. Da die Genossen von Konradsthal eine Ortsgruppe bilden wollen und für die Neubildung einer Ortsgruppe Konradsthal genügend Genossen vorhanden sind, wurde ein vorläufiger provisorischer Vorstand gewählt. Eine Anzahl Genossen ließen sich neu aufnehmen, sodaß jetzt ein guter Stamm Genossen in Konradsthal vorhanden ist. In der demnächst stattfindenden Kreisversammlung, zu der alle Parteigenossen und Genossinnen erscheinen müssen, wird eine rechtmäßige Ortsleitung gewählt.

Unter verschiedenen kritisierten mehrere Versammlungsbesucher den in der „Bergwacht“ unter der Überschrift: „Das Steuerkompromiß und die Schlef. Arbeiter-Zeitung“ erschienenen König-Artikel. Wie dieser „denkende Arbeiter“ aussieht, dem die „Bergwacht“ ihre dreifache Spalte öffnet, geht daraus hervor, daß er letzters den Verhandlungsfassierer, der ein Invalide ist, vor lauter Demokratie zur Stube hinauswerfen wollte. Auch leistet sich dieser „denkende“ Bergwachtmitarbeiter kürzlich in einer öffentlichen Versammlung einen schlechten Witz. Er erklärte, daß er die Gemeindevertretung — die zum größten Teil aus seinen eigenen Parteigenossen zusammengesetzt ist — auseinanderzuprangern würde. Und dieser gute Mann wollte voriges Jahr bei einer KPD-Versammlung zu uns überreten auf das Beschreibsel dieses „denkenden“ Arbeiters näher einzugehen, ist zwecklos, er ist nur psychopathisch zu werten.

Zum Schluß der Versammlung, die einen außerordentlich angeregten Verlauf nahm, richtete Gen. Bogt einen Appell an die Anwesenden, tatkräftig mitzuarbeiten, damit die „rote“ KPD immer mehr das Vertrauen der Arbeiterklasse gewinnt.

Gewerkschafts-Bewegung.

SPD. und Eisenbahnstreik.

Eine von ca. 100 Kollegen der Eisenbahnwerkstätte am Oberlornhof besuchte, von den SPD-Vertrauensleuten einberufene Betriebsversammlung, beschloß sich mit dem Streik der Eisenbahnbeamten. Landtagsabgeordneter Winger hielt das Referat. Die Ursache für die Niederlage der Eisenbahnbeamten sah er darin, daß diese junge Gewerkschaft, die noch gestern als gelb bezeichnet wurde, ohne die Frage zu ventilieren, ist ein Erfolg, obgleich oder nicht, ist Deckung für die Forderungen vorhanden, in den Streik tritt, ohne sich vor allem mit den Spitzenorganisationen in Verbindung zu setzen. Es sei ein Unterschied zu machen zwischen Lohnkämpfen vor und nach dem Kriege, insbesondere wenn diese Kämpfe den Staat, der wir alle sind, so bedrohen, wie die Eisenbahnbeamten es taten. Unter den innen- und außenpolitischen Verwicklungen, in die der Staat gezogen wird, leiden wir alle. Winger bedauerte die Klasse Eberls und Richter's; er persönlich verurteilte sie ganz entschieden, — aber er könne sie wohl verstehen vom Standpunkte eines Parlamentariers. Wenn Ebert nicht hätte unterschrieben, hätte er müssen gehen. Winger sei gar kein Freund von Steuerkompromiß. Ueber die Frage, ob den Beamten ein Streikrecht zugesprochen werden könne, äußerte er sich genau so unbestimmt wie bei den anderen Fragen. Den Streik der Gemeindegewerkschaften in Berlin verurteilte Winger. Die Gemeindegewerkschaften hätten zunächst gar keine Forderungen gestellt (1). Dann habe das „ganze Volk“, auch das Ministerium, ein Recht auf die Leistungen und die Arbeit der Gemeindegewerkschaften für die Allgemeinheit da seien.

Genosse Gentsch gestellte in der Diskussion das feige Ausweichen vor jeder konsequenten Stellungnahme Wingers und der Sozialdemokraten, die vor den Arbeitern die Lagen und Verordnungen ihrer Genossen verteidigen sollen. Die stereotypen Ausreden Wingers: Ich persönlich — verurteile Ebert, Richter, Kompromisse usw. sind feige Ausflüchte, die die Schuld der SPD. an dem zusammengebrochenen Streik noch größer machen.

Zunächst sei festzustellen, daß der Kampf der Eisenbahnbeamten nicht in erster Linie ging um eine Pfennige Gehaltserhöhung. Gerade die letzte Bewegung hat in den Vordergrund gestellt den Kampf gegen das Arbeitszeitgesetz gegen die Auslieferung der Eisenbahn an Stinnes. Die Arbeiter und Beamten haben nicht zu fragen nach den Interessen des Staates, denn der Staat sind nicht die Arbeiter, sondern der Staat ist, trotz des nervösen Abstreifens des Abgdt. Winter, — Stinnes.

Der ADGB, der angeblich nicht um Erlaubnis gefragt wurde vor dem Kampfe, hätte in seiner väterlichen Weisheit den „un-erlebbaren Wastard“ ermahnen sollen, nicht aber in gemeinsamer Weise Streikbrecherdienste leisten sollen.

Zwischen den allem proletarischem Empfinden hohnsprechenden Verordnungen der Sozialdemokraten Evert und Richter und dem offenen Verrat des Streiks durch die SPD, das Preisgeben des Streikrechts für die Beamten ist ein Unterschied.

Die Sozialdemokraten und der ADGB. haben nicht nur bei dem Eisenbahnbeamtenstreik, sondern schon bei der Steuerbewilligung im Reichstag bewiesen, daß sie nicht gewillt sind, die Interessen der Arbeiter zu vertreten.

Die Erfassung der Sachwerte gesichert aber nicht durchgeführt vom ADGB, in seinen 10 Punkten, und von der SPD. hätten das arbeitende Volk zu der von der SPD. immer herbeigewünschten Ewigkeit geführt. Unt r der Parole: „Alle Steuer- und Reparationslasten auf die Schultern der Besitzenden“, wäre eine große Kampffront zündende gekommen.

Aus der Geschichte.

Vom Papsttum.

Die kürzlich stattgefundene Papstwahl hat wieder unser Augenmerk auf das Wesen des Papsttums gerichtet. Benedikt XV., der 90. seines Berufes, hat Pius XI. Platz gemacht, der angeblich auch für den Frieden wirken will. Aber wie Benedikt XV. an den harten Tatsachen des Kapitalismus mit seinen Friedenspredigten gescheiterte, wie es sich herausstellte, daß seine Schiffe in Deutschland, Frankreich usw. nur zu dem „deutschen“ oder dem „französischen“ Gott um den Sieg streben konnten, und sich dabei als fromme Christen gegenseitig die Gurgel durchschnitten, so wird auch Pius XI. (Hilfsbruch erleiden mit seinem „Weltfrieden“. Wenn nicht die internationale Arbeiterklasse durch den Klassenkampf die Voraussetzungen des Völkermordes, das kapitalistische System befeitigt, das Papsttum ist eben auch nur, trotz angeblich überirdischer Interessenvertretung, ein Teil des ganzen politischen und ökonomischen Systems, wenn auch die äußere Nachstellung im Vergleich zum Mittelalter geklungen ist.

Frauz Mehring hat in seiner bekannten glänzenden Darstellung in der „Deutschen Geschichte“ das Papsttum während des Mittelalters in seiner politischen und wirtschaftlichen Bedeutung und seiner inneren Zerrüttung geschildert.

Wir veröffentlichen einen Auschnitt aus dem betreffenden Kapitel:

Als größte Grundbesitzerin des Mittelalters unterlag die Kirche demselben Prozeß, wie der große Grundbesitz überhaupt; um die landwirtschaftliche Produktion als Geldquelle auszunutzen, ruinieren sie die bäuerliche Klasse, rief ihre Gemeinwälder und Gemeinweiden an sich, verdrängte die Bauern entweder von ihren Schollen oder presste sie in unbarmherzigster Weise aus. Es war nicht mehr gut wohnen unter dem Krummstab. Die erwachende Gabsucht veranlaßte die Kirche auch, ihre Armenpflege mehr und mehr einzuschränken; die Naturalsteuern, von denen überflüssig sie früher gern gependet hatte, weil sie sie selbst nicht vergreifen konnte, waren jetzt veräußerte Waren geworden, und die dadurch erzielte Gelder ergriff auch die Kirche.

Vor allem aber bedurfte die neue Produktionsweise nicht mehr der Kirche als Lehrerin und Leiterin. Sie mußte sich eine eigene Bildung und Wissenschaft; sie schuf sich auch eigene Organe der Verwaltung. Nur für das platte Land blieb die Pfarzgeistlichkeit noch nützlich, wie sie heute ja auch noch in zurückgebliebenen Ländern gewisse staatliche Aufgaben zu erfüllen, zum Beispiel die Schulverwaltung zu führen, hat. Im 16. Jahrhundert war die Pfarzgeistlichkeit noch eine stämmige Kolonne,

und an ihre Beseitigung dachte niemand. Um so härter ging das junge Kapital gegen zwei andere Mächte der Kirche vor, die in ökonomischer und sozialer Beziehung immer überflüssiger und eben deshalb für die neue Produktionsweise immer gemein-schädlicher geworden waren, nämlich gegen die Klöster und gegen das Papsttum.

Die Klöster waren überflüssig geworden als landwirtschaftliche Musteranstalten, als Lehrer der Bevölkerung, als Beschützer der Armut, als Bewahrer von Kunst und Wissenschaft. Sie ernährten Kaufleute von müßiggängerischen Römchen. Statt sie aufzuflaster zu werfen und als Lohnsklaven zur Verfügung des Kapitals zu stellen. Ohne jede Funktion im gesellschaftlichen und staatlichen Leben, roh, läge, unwissend, dabei unermüdet reich, versanken die Klöster immer tiefer in Gemeinheit, Liederlichkeit und alle möglichen Laster. Sie wurden ein Gegenstand der allgemeinen Verachtung.

Ebenso überflüssig wie die Klöster wurde das Papsttum. Mit dem Schutze der christlichen Völker gegen die Heiden und Ungläubigen hatte es seine historische Aufgabe erfüllt; seit den Kreuzzügen drohte keine Gefahr mehr von Asien her. Allerdings trat eine neue orientalische Macht in den Osmanen, in den Türken auf, die im Jahre 1453 Konstantinopel eroberten und von hier aus das christliche Europa bedrohten. Aber dieser Angriff kam nicht von Süden, sondern von Osten; er richtete seine Wucht nicht gegen Italien, sondern gegen die Länder an der Donau, zunächst gegen Ungarn, dann auch gegen Süddeutschland und Polen. Damit hörte der Kampf gegen die Türken auf, eine Angelegenheit der ganzen Christenheit zu sein; er war nur eine Angelegenheit ihrer östlichen Bollwerke.

Die Türkengefahr trug wesentlich dazu bei, die Ungarn, Tschechen, Süddeutschen zur katholischen Rom zurückzuführen und die deutsche Kaiserkrone bei dieser Monarchie zu erhalten. Aber für das Papsttum hatte die Türkengefahr kein unmittelbares Interesse; wenn die Päpste auch noch Schätze zum Kampfe gegen die Türken sammelten, so begannen sie doch bald, diese Schätze in ihrem eigenen Interesse zu verwenden. Die Macht des Papsttums und der Glaube an seine weltgeschichtliche Mission, die bis ins 12. Jahrhundert hinein Mittel waren, die christlichen Völker zu retten, wurden seit dem 14. Jahrhundert zu Mitteln, sie auszubuten.

Diese Ausbeutung wuchs mit der Entfaltung der Warenproduktion. Die Geldgier ergriff auch die römische Kurie. Die direkten Steuern, die das Papsttum von den Gläubigen erhob, der sogenannte Peterpfennig, war verhältnismäßig unbedeutend, aber in der Erfindung indirekter Steuern waren die Päpste des 15. und 16. Jahrhunderts so erfindertisch wie moderne Finanzminister. Sie erkannten im Weltalter des Kaufmannstums richtig, daß der Handel das vornehmste Mittel war, die Leute zu reizen und große Reichtümer rasch zu erobern. Sie begannen also mit den Kirchenrentnern zu handeln, und namentlich mit der Vergebung der Sünden gegen bares Geld, den sogenannten Ab-

lassen, die von Jahr zu Jahr unverändert wurden. Zu dieser Weise wurde das römische Kirchenregiment eine ebenso riesige und ebenso rastlos arbeitende Ausbeutungsmaschine, wie einst das römische Weltreich gewesen war.

Dabei machten die Träger der dreifachen Krone sich den christlichen Völkern immer verächtlicher. Sie waren nicht nur Kirchenfürsten, die über die ganze Christenheit herrschten und an der Erhaltung der feudalen Produktionsweise interessiert waren, sondern sie waren auch weltliche Fürsten über eine mehr oder weniger großen Teil Italiens und als solche an der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise interessiert. So paarte sich in ihnen jugendliche Redheit mit greisenhafter Bösartigkeit, die revolutionäre Verachtung des Herkömmlichen, die einer aufstrebenden Klasse eigen ist, mit der unnatürlichen Genußsucht einer dem Untergange zueitenden Ausbeuterklasse. Die Päpste führten ein müßiges Leben, das nicht am wenigsten dazu beitrug, ihr Ansehen in den Augen der christlichen Völker zu erschüttern, die um so größeren Anstoß daran nahmen, je tiefer sie noch in feudalaristokratischen Anschauungen festsaßen und also von der Heiligkeit des Papsttums durchdrungen waren. Um nun aber wenigstens noch den Glauben an sich zu erhalten, die einzige Stütze, die ihm geblieben war, je mehr ihm die Umwälzung der Gesellschaft den festen Boden unter den Füßen wegzog, griff das Papsttum zu jedem Mittel des Betruges und der Lüge; es wurde eine ebenso riesige Veräußerungsmaschine, wie es schon eine riesige Ausbeutungsmaschine war.

Demnach lag das Papsttum wie ein drückender Alp über allen christlichen Völkern, und sie alle hatten ein dringendes Bedürfnis, sich von diesem Alp zu befreien. Aber nicht alle hatten das gleiche Bedürfnis, sich von ihm loszureißen. Gerade die stammesmäßig entwickelten Länder empfanden das Bedürfnis am wenigsten. Die Italiener wurden um so päpstlicher, je mehr sich die Warenproduktion entwickelte, denn die Herrschaft des Papsttums bedeutete die Herrschaft Italiens über die Christenheit. Ebenso wenig dachte Frankreich und Spanien daran, sich vom Papsttum zu trennen. In beiden Ländern erstarkte zuerst der moderne Absolutismus. Der König von Frankreich gelang es schon im 16. Jahrhundert, die französische Geistlichkeit in seinem Grade von Rom unabhängig zu machen und sich selbst zu unterwerfen. Der König erhielt ein entscheidendes Wort bei der Vergebung der höheren geistlichen Stellen; Gebetsleistungen für den Papst ohne Zustimmung des Königs waren verboten, und ganz ebenso wie in Frankreich auch in Spanien, wo die kirchliche Jurisdiction sogar ein Polizeiverbot der königlichen Gewalt wurde. Diese Länder hatten sich also von der römischen Ausbeutung zu befreien gewußt, und sich nunmehr ganz vom Papsttum loszureißen, lag ihnen um so ferner, als je zum Vorschein kamen, den Papst selbst zu ihrem Werkzeug zu machen und durch ihn über die gesamte Christenheit zu herrschen. Die Herren des Papstes wollten sie die christlichen Völker aus-

Dringe als Mitglied der KPD. Deinen Pflichtanteil zur

Der weitere gegangene Streik der Eisenbahnbedienten wird...

In der Disziplin sprechen mehrere Kollegen, auch...

Abgeordneter Winger verfaßt in seiner Rede...

Kartellbildung in Landeshut.

Eine reichhaltige Tagesordnung hatte die am 8. Februar...

Locales.

Produktions-Gesellschaft.

Dienstag, den 14. Februar, 7 Uhr abends, im Saal...

Damen und Frauen.

Wer von den proletarischen Frauen kennt nicht den...

Über noch immer gibt es Frauen, die meinen, das müße...

Da verdammt und verachtet man die Hausfrauen auf der...

Wer sagt es die Hauswirtschaftliche Partei...

Schritt erklärt, daß sie dasselbe Entgelt haben? Ja, das...

Aber es ist und allen längst klar, daß die Kapitaldemokraten...

Männer und Frauen des schaffenden Volkes, berechtigt auch...

Wie Proletarier hausen.

Die bürgerlichen Zeitungen haben in den letzten Tagen...

Manz, anders der Proletarier. Er, der kämpfen muß, bis zum...

Ein solches Jöhl ist auch das Haus, Sandstr. 15. Der Wirt...

Aber auch in anderer Beziehung sind dort schreckliche...

Die Stadt Breslau hat ein Wohnungsamt, ein Gesundheits...

Exkursus dem Arbeiter:

Man schreibt uns: Wenn im Mittelalter es notwendig wurde, daß die...

Man mit anderen Maßnahmen gegen die Gefahr der...

keln. Daß aber in der Zeit und vor allen Dingen in der...

So liegt es vor uns ein Plakat und auch Kampfbroschüre...

Dem nicht wie bisher (und damit muß geachtet werden)...

Wahlveranstaltung.

Die Stadtverteilungsmacht macht nochmals darauf aufmerksam...

Keine Warenbelieferung der Brotmärkte.

Das städtische Brotamt schreibt: Wie uns mitgeteilt wird, verlangt die Bevölkerung...

Explosion.

Am Freitag in der 11. Stunde des Vormittags waren...

Wochmals das Kinderheim.

Unsere Genossen aus Landeshut schreiben uns: Unser...

Eingekauft.

Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion nur die präziseste...

Der Magistrat (Kohlenverwertung) hat auf den Vorschlag...

Berichtswort. Inhalt: Erich Gentsch; Sekretär: Max B. Schöner...

Advertisement for clothing and shoes: 'Sehr billig', 'Kleidungsstücke', 'Wäsche, Tricotagen, Schuhe'.

Advertisement for a group: 'Droletarier lies!', 'Zusammenbau des K. P. D. in Landeshut'.

Advertisement for a group: 'Droletarier lies!', 'Zusammenbau des K. P. D. in Landeshut'.

Advertisement for a group: 'K = P = D', 'Kommunistische Partei Deutschlands'.